

GERMAN RESOURCES ON THE MARIANA ISLANDS DIGITAL LIBRARY

compiled by Dirk HR Spennemann

685. Hahl, Albert. 1921. "Nachrichten aus den deutschen Südsee-Kolonien." [Reports from the German South Sea colonies]. *Deutsche Kolonialzeitung* 38, n° 2, pp. 19–20.

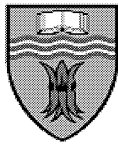
Report on the state of the former German colonies in the Pacific. Criticises the reputedly harsh treatment of the Micronesians by the Japanese. Hahl reports that two colonists tried to return to Saipan and Yap as they were married to local women, but that the Japanese administration refused embarkation in Yokohama after first having given approval. The increased acculturation of Micronesia with Japanese ideals of dress ('Micronesians dressed in Kimonos') and custom is criticised.

Source of Annotated Bibliography Entry:

Dirk H. R. Spennemann (2004) *An Annotated Bibliography of German Language Sources on the Mariana Islands*. Saipan, Commonwealth of the Northern Mariana Islands : Division of Historic Preservation. ISBN 1-878453-71-8.

The German Resources on the Mariana Islands Digital Library is a project jointly supported by:

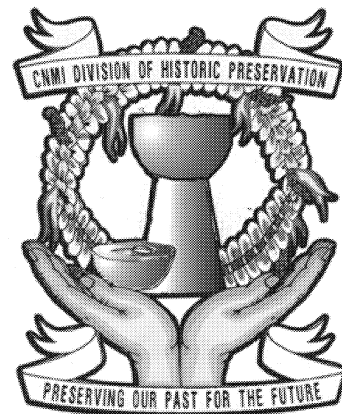
CHARLES STURT
UNIVERSITY



The Johnstone Centre,
Charles Sturt University,
Albury, Australia



Northern Mariana Islands
Council for the Humanities,
Saipan, CNMI



Historic Preservation
Office,
Saipan, CNMI



Deutsche Kolonialzeitung

Organ der Deutschen Kolonialgesellschaft

Bezugsstelle:
Geschäftsstelle der Deutschen Kolonial-
Gesellschaft, Berlin W 35, Afrikahaus

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Deutsche Kolonialgesellschaft Berlin W 35, Am Karlsbad 10

Wenige Anzeigen-Annahme:
Annoncen-Expedition Rudolf Mosse
Berlin SW 19, u. sämtliche Filialen

Nr. 2.

Berlin, 20. Februar 1921.

58. Jahrgang.

Inhalt:

Deutsch-Uebersee. — Der Deutsche als Kolonifator. — Protest gegen die Pariser Beschlüsse. — Die öffentliche Meinung Deutschlands über die koloniale Frage und der Friedensvertrag im Spiegel des Camille Martin. Von Geh. Justizrat **Schwarze**. — Der Exodus. Von **U. Leue**. (Schluß.) — Nachrichten aus den deutschen Südsee-Kolonien. Von Gouverneur a. D. **Hahl**. — Schwarzweißrot. — Ankunft des ersten deutschen Dampfers in Südwest. — Professor Schillings †. — Kolonialdenkmünze. — Wiederaufnahme des deutschen Schiffsverkehrs mit Spanien und Finnland. — Rednerschule für Weltpolitik. — Vom Rohgummi-Weltmarkt. — Deutscher Afrika-Dienst. — Literatur.

Für die Rückgabe unverlangter Beiträge, denen genügendes Porto nicht beiliegt, wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck der Originalaufsätze nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Deutsch-Uebersee.

Die Korrespondenz „Deutsch-Uebersee“ wird von jetzt ab nicht mehr erscheinen. Die Nachrichten werden an einige andere Korrespondenzen zur Verbreitung weitergegeben.

Der Deutsche als Kolonifator.

Wir waren immer geneigt zu glauben, daß das britische Reich und Volk ein bedeutendes Kolonialvolk ist, und sicher ist sein Ruf ein sehr stolzer und berühmter gewesen, aber die Kraft und Stärke und das System, mit dem Deutschland sich in den letzten Jahren der Arbeit der ausländischen Kolonisation unterzogen hat, ist sehr beachtenswert gewesen. Ich hatte immer schon einen Einblick darin, und ich freue mich darüber, feststellen zu können, daß ich von jetzt ab noch einen deutlicheren Begriff davon haben werde.“

George Foster, kanadischer Handelsminister,
im Februar 1914.

Protest gegen die Pariser Beschlüsse.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft hat mit Empörung von den jedem Recht und jeder Billigkeit höhnsprechenden Beschlüssen der Ententeminister auf der Konferenz zu Paris Kenntnis genommen, aus denen die Absicht vollständiger und dauernder wirtschaftlicher Verflabung des deutschen Volkes mit aller Deutlichkeit hervorgeht. Sie erhebt schärfsten Einspruch gegen diese Beschlüsse und erwartet von der Regierung, daß sie ihnen ein unbedingtes „Nein“ entgegensetzt.

Die öffentliche Meinung Deutschlands über die koloniale Frage und der Friedensvertrag im Spiegel des Camille Martin.

Von Geh. Justizrat **Schwarze**.

Unter diesem Titel veröffentlicht Camille Martin in „L'Afrique Française“, einer Monatschrift des französischen Afrika-Komitees, in sechs Abschnitten eine längere Abhandlung. Der Verfasser hat mich wiederholt zitiert; ich glaube daher eine gewisse Berechtigung zu haben, seine Abhandlung einer verdienten Kritik zu unterziehen.

Ehe ich auf die einzelnen Abschnitte eingehe, möchte ich einige Generalbemerkungen vorausschicken. Der Verfasser stellt in sehr geschickter, auch boshafter Weise Auslassungen einzelner Minister, Zeitungen usw. in mehr oder minder großer Zahl zusammen, um damit Eindruck auf den französischen Leser zu erzielen, was ihm zweifellos gelungen ist. Er reißt aber die einzelnen Auslassungen aus dem Zusammenhang, ohne die Tendenz und die Motive des Verfassers zu würdigen; er kritisiert und polemisiert nicht gegen alles, sondern nur hier und da durch hämische oder höhrende Bemerkungen, wenn er glaubt, damit einen Schlag zu erzielen. Daß eine solche Methode nur Zerrbilder ergibt und kein richtiges Bild, möchte ich kurz aus den Zitaten von mir nachweisen. Die Abhandlung beginnt mit dem Ausspruch einer amtlichen Note vom 19. März 1918: „Das Endergebnis in Europa wird das Schicksal unserer Kolonien regeln, so las man in der Note vom 19. März 1918, durch das Gelbbuch veröffentlicht. Das Schicksal unserer Kolonien wird sich auf den europäischen Schlachtfeldern entscheiden, so erklärte in derselben Weise der Abgeordnete **Schwarze**.“ Jeder Leser wird annehmen, daß diese Erklärung von mir von der Tribüne des Reichstags oder in sonst offizieller Weise abgegeben sei. Dabei habe ich diese Worte in einem Aufsatz der „Kolonialzeitung“ gebraucht, in dem ich mich gegen eine weitere Erörterung der Kolonialziele ausgesprochen habe. An einer andern Stelle, wo von einer Kritik des Friedensvertrages die Rede ist, heißt es: „Mit weniger schwingvollen Worten vertrat Geheimrat **Schwarze** die Ansicht, daß der Verlust der Kolonien für Deutschland viel schwerwiegender sei, als der Verlust der Handelsflotte oder sogar Oberschlesiens, was, wie er hinzufügte, die meisten Deutschen, ja sogar die Kolonialdeutschen nicht begriffen.“ Nach dem Zusammenhang muß jeder Leser den Schluß ziehen, daß ich diese Bemerkungen im Anschluß an Ausführungen des Ministers **Well** vom 15. Mai 1919 oder in einer Kritik des Friedensvertrages gemacht hätte, während sie tatsächlich einem Artikel in Nummer 4 der „Deutschen Kolonialzeitung“ vom Jahre 1920 „Der Kampf um die deutschen Kolonien“ entnommen sind. Aus diesem selben Artikel führt der Verfasser noch zweimal Ausführungen an, die infolge Herausreifens aus dem Text und zum Teil ungenauer Uebersetzung nicht das angeben, was ich mit den betreffenden Stellen ausführen wollte. Daß mich der Verfasser einmal als Abgeordneter **Schwarze**, als Herr **Schwarze**, als Geheimrat **Schwarze** und als Regierungsrat **Schwarze** aufführt, dürfte im Zusammenhang mit obigen Ausführungen wohl dartun, daß er mit Auschnitten gearbeitet hat.

Herr Paul Heinrich, alle Hände voll zu tun, um unsere reservierten Wagen freizuhalten und für unsere Behaglichkeit zu sorgen. Dank seiner schneidigen Beredbarkeit aber, wobei er nicht anstand, uns Afrikaner gelegentlich alle für krank und verseucht zu erklären, gelang es ihm, die Stürmer und Dränger, vor allem in den Ruhegebieten, fernzuhalten bzw. aus unseren Coupés wieder hinauszukomplimentieren. Es war eine Hundekälte, als wir in den beiden einzigen offenen Droschken, die am Schlesiſchen Bahnhof zu haben waren, unserem vorläufigen Heim, dem Hause unserer Verwandten, zustrebten, und eine ganze Weile haben wir alle an den Folgen der unausbleiblichen Erkältung zu leiden gehabt; aber immerhin, wir sind wieder zu Hause im Vaterland. Möge es seine heimkehrenden Kinder freundlich aufnehmen.

Nachrichten aus den deutschen Südsee-Kolonien.

Von Gouverneur a. D. S a h l.

Seitdem unsere Kolonisten aus dem Inselgebiete und aus Samoa vertrieben worden sind, dringt nur spärliche Kunde zu uns von den Städten der einst so regen deutschen Kulturarbeit. Es ist seinerzeit berichtet worden, daß zwei Farmer angeblich von der japanischen Regierung die Erlaubnis erhalten hatten, nach Jap und Saipan zurückzukehren, weil sie mit eingeborenen Frauen verheiratet sind. Jetzt werden wir unterrichtet, daß sie in Yokohama angehalten worden sind und nicht daran zu denken ist, daß sie von dort aus an die Städte ihrer einstigen Wirklichkeit zurückkehren dürfen. Dieser Vorfall ist eine Warnung für alle diejenigen, die im Herzen noch irgendwie die Hoffnung hegen, den Weg nach den Südländern der Südsee wieder zurücklegen zu können. Die Verhandlungen zwischen der Deutschen Südseephosphat-Aktiengesellschaft und einer japanischen Gruppe wegen Uebernahme der Phosphatgruben und Werke auf der Insel Angaur, über deren Verlauf zunächst günstige Nachrichten in der Presse laut wurden, haben sich zerlegt und es ist wahrscheinlich, daß der ungünstige Ausgang auf der Stellungnahme der japanischen Regierung beruht. Die Verwaltung der Karolinen-, Marianen-, Palau- und Marshall-Inseln ist dem Marineministerium in Tokio unterstellt. Die oberste Gewalt übt ein kommandierender Admiral aus. Diese äußere Aufmachung der Verwaltung läßt deutlich ersehen, daß für Japan bei der Aneignung unseres Inselbezuges nicht kolonialwirtschaftliche Wünsche vorlagen, sondern daß die Besetzung der wertvollen und leicht zu verteidigenden und besetzenden Häfen des Inselgebietes, also militärpolitische Erwägungen, den Ausschlag gaben. Inzwischen verlautet auch, daß die Zentral-Karolinen, in der Hauptsache das Truk-Archipel, stark besetzt worden seien. In der äußeren Einteilung der Verwaltungsbezirke ist eine Aenderung nicht eingetreten. Seitens der deutschen Verwaltung wurden mit Liebe und Verständnis die von Jahrhunderten her überkommenen sozialen und politischen Einrichtungen der Eingeborenen erhalten und gestützt, um auf ihnen aufbauend dem zerfallenden europäischen Einflusse unter den lebenswürdigen und schönen Völkern nach Möglichkeit zu begegnen und in langamer Ueberleitung und Anpassung den Eingeborenen Zeit zu geben, dem Hereinstromen neuer Kultur sich anzupassen. Die japanische Hand hat rauh gegriffen. Die Bevölkerung wird stark in japanischem Sinne bearbeitet und beeinflusst. Die Ausbreitung der japanischen Sprache findet eine besondere Fürsorge, sie soll die Landessprache der Insulaner werden. Die Einwirkungen gehen so weit, daß auch die Tracht des Volkes dem japanischen Zuschnitt angepaßt wurde, selbst die Frauen sollen im japanischen Kimono einhergehen. Den Eingeborenen ist ein harter Arbeitszwang auferlegt worden mit dem Ziele, alles bisher unbepflanzte Land innerhalb einer bestimmten Frist mit Kokospalmen zu bestocken. Schifffahrt und Handel sind ausschließlich japanisch. Wenn die Nachrichten, die durch die Presse gehen, zutreffend sind, haben auch die Handelsunternehmungen englischen oder amerikanischen Ursprungs das Land verlassen müssen, weil sie gegenüber dem durch die Regierung unterstützten japanischen Wettbewerb sich nicht halten konnten.

Samoa hatte unter der neuseeländischen Verwaltung bis jetzt keine glücklichen Tage. Die Abschließung von der Außenwelt, die Einstellung der Arbeiterzufuhr und damit der Rückgang allen wirtschaftlichen Lebens, der Tod von einem Drittel der Eingeborenenbevölkerung, verursacht durch die von Neuseeland eingeschleppte Grippe, die Austreibung der besten und tüchtigsten Teile der Kolonistenbevölkerung stellen Eingriffe und Vorgänge dar von solch gewaltiger Wirkung für die kleine

Inselwelt, daß sie Jahrzehnte brauchen wird, bis sie von diesem Werke törichter Vernichtung und kurzfristiger Politik sich wieder erholen wird, wenn sie überhaupt je wieder die Blüte erreicht, welche ihr unter deutscher Herrschaft beschieden war. Es verlautet, daß die neuseeländische Regierung die enteigneten deutschen Unternehmungen, im besonderen die Pflanzungen, in staatlichen Betrieb nehmen will zum Besten der samoanischen Bevölkerung. Das klingt recht verheißungsvoll, aber bei näherem Zusehen kommt der Pferdesuß zum Vorschein. Wenn die Ertragnisse der Pflanzungen den Eingeborenen zugute kommen sollen, so müssen sie natürlich ihr Teil dazu beitragen, die Pflanzungen wirtschaftlich günstig zu verwalten. Das bedeutet nichts anderes, als daß der Samoaner von Staates wegen zum Pflanzungsarbeiter angestellt wird. Auf diese Weise ist die Arbeiterfrage, die für Samoa von jeher brennend war, auf denkbar einfache Weise gelöst und es wird recht lehrreich sein, noch zu untersuchen, durch welche geschickte Wendung die neuseeländische Regierung die damit angeordnete Zwangsarbeit umschreiben und der Welt glauben machen wird, daß dieses Vorgehen lediglich der Ausfluß weiser Fürsorge und humaner Gesinnung sei.

Die mit dem 1. September 1920 verhängte Zwangsenteignung der deutschen Güter, Rechte und Interessen in unserem Schutzgebiete Deutsch-Neuguinea hat inzwischen weite Fortschritte gemacht. Zunächst wurden die acht größten Unternehmungen der Beraubung unterstellt. Eine weitere Bekanntmachung des Administrators der Kolonie fügte die kleineren Pflanzungen und die Besitzungen der Farmer an. Zuletzt wurde auch verfügt, daß die kleinen Guthaben der in Deutschland befindlichen früheren Angestellten, die bei Kriegsausbruch nicht mehr zurückgezogen werden konnten und in den Büchern der Firmen noch festgelegt sind, dem Einzuge unterstellt werden. Der Vernichtungswille und das Raubgelüste machen also auch vor den sauren Erparnissen und Notgroßen der arbeitenden Bevölkerung nicht halt. Die letzten Nachrichten besagen, daß der Vorsitzende der Enteignungsbehörde, Herr Walter Lucas, im November vorigen Jahres nach Melbourne berufen worden sei. Zu welchem Zwecke, konnte noch nicht festgestellt werden. Es ist aber immerhin möglich, daß die Reise des Herrn Lucas an den Sitz der australischen Bundesbehörde damit zusammenhängt, daß unter dem australischen Volke selbst eine Erneuerung anfängt sich geltend zu machen. Die Presse der Labour party nimmt unumwunden und in den schärfsten Ausdrücken Stellung gegen die von der Regierung in Neuguinea befolgte Politik. Es wird offen ausgesprochen, daß die Wegnahme privaten Eigentums im Kriege und als Folge des Krieges durch die Bestimmungen des Friedensschlusses einen Bruch des Völkerrechtes bedeutet. Mit harten Worten wird gezeißelt, daß die Regierung sich nicht entblödet hat, zugugreifen, noch ehe sie über das Mandat des Völkerbundes verfügte. Die verhängnisvollen wirtschaftlichen Folgen für die Entwicklung des Landes, hervorgerufen durch die Austreibung seiner besten Kenner und Bearbeiter, werden klar hervorgehoben und die letzten Anordnungen des Administrators der Kolonie, der eine Puppe in der Hand des Herrn Lucas ist, werden besonders beleuchtet. Es handelt sich darum, daß durch eine Verordnung des Administrators im September 1920 bestimmt wurde, daß jeder deutsche Angestellte oder Eigentümer unter Vermeidung einer Strafe von 100 Pfund Sterling oder 6 Monaten Gefängnis bei seiner Arbeit so lange zu verbleiben habe, als der Vorsitzende der Enteignungsbehörde für gut findet zu bestimmen. Auch wir müssen die Frage aufwerfen, wenn wir schon machtlos genug sind, gegen diese Sklavenarbeit Deutscher einzuschreiten, wie denn Australien, das große demokratische Gemeinwesen, die Maßnahme einer durch Strafandrohung erzwingenen Arbeit von Europäern vor dem Völkerbunde und vor der Welt rechtfertigen oder aufrecht erhalten will. Man stelle sich vor, welche Wirkung in der englischen oder amerikanischen Welt eine solche Anordnung auslösen würde, wenn sie von einer anderen Macht ausgegangen wäre. Die Verkündung dieser Bestimmung krönt die Verhöhnung der feierlichen Kundgebungen des Präsidenten Wilson, wie sie inzwischen durch die Ausführungen des Friedensvertrages von seinen Bundesgenossen der staunenden Welt zu Gemüte geführt wird. Ein Artikel des Sydney „Worker“ vom 2. Dezember 1920 weiß ausdrücklich auf das gute Beispiel der südafrikanischen Union in der Behandlung deutschen Eigentums hin und legt es der australischen Bevölkerung nahe, zu ihrem eigenen Vorteile eine ähnliche gemäßigte Politik zu befolgen.

Solange die Regierungsgeschäfte in Melbourne von den jetzt ausschlaggebenden Persönlichkeiten geleitet werden, an ihrer Spitze Herr Hughes, ist freilich nicht zu hoffen, daß eine

Veränderung in dem Verhalten der Behörden gegenüber den Deutschen eintreten wird. Und hier weist die australische Presse offen darauf hin, daß der übermächtige Einfluß der Firma Burns, Philp u. Co. alles aufbieten wird, eine Umkehr der Politik zu verhindern. Die Versteigerung deutschen Eigentums in den Fidji-Inseln ergab bis zum Oktober 1920 einen Erlös von 71 000 Pfund Sterling und der Zuschlag wurde in der Hauptsache der genannten Firma erteilt. Einige Stroh-männer, die mitgeboten hatten, beeilten sich, ihren Erwerb diesem Hause sofort weiterzuerkaufen. Wir wissen, daß Herr Lucas bis zu seiner Ernennung zum Vorsitzenden der Ent-eignungsbehörde in Rabaul Direktor der Firma Burns, Philp u. Co. war. Das Ziel der Geschäftspolitik dieses Hauses ist die Erringung einer Monopolstellung im Inselgeschäfte. Und mit der Erwerbung der blühenden deutschen Unternehmungen in Neuguinea wird diese Absicht verwirklicht sein. Bei der engen Verschmelzung von Geschäft und Politik in Australien werden wir daher in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Stimmen, welche jetzt in der Presse des eigenen Landes sich erheben, ungehört verhallen und Mr. Hughes und Mr. Lucas von dem Schauplatz ihrer unheilvollen Wirksamkeit erst dann abtreten werden, wenn die Beute fest in ihren Taschen ruht. Wir müssen uns also rüsten, die 680 deutschen Kolonisten Neu-guineas im Laufe des Sommers als arme Vertriebene in der Heimat aufzunehmen, wahrscheinlich die letzten, die um ihres deutschen Namens willen Verfolgung und Verbannung über sich ergehen lassen mußten.

Schwarzweißrot.

Der „Vorwärts“ spricht sich gegen einen Vorschlag der Deutschen Volkspartei aus, einen Volksentscheid über die Reichs-farben herbeizuführen, indem er diesen Vorschlag als einen Verstoß gegen die Republik bezeichnet.

Es darf der Volkspartei überlassen bleiben, hiergegen Stellung zu nehmen. Die Verquickung dieser Frage mit der repu-blikanischen oder monarchischen Staatsverfassung dürfte aber ohne weiteres lediglich als ein Parteimänöver anzusprechen sein, daß alle diejenigen ablehnen müssen, die überhaupt noch nationa-les Empfinden hegen und die begreifen, daß mit dem Ver-schwinden dieses Symbols das deutsche Ueberseeprestige auf das empfindlichste getroffen wird.

Der seefahrende Teil der deutschen Bevölkerung, vor allen Dingen auch die hanseatische Kaufmannschaft und die Deutschen in Uebersee, werden sich in ihrer überwältigenden Mehrheit darüber klar sein, daß die Flagge schwarzweißrot, die in allen Teilen der Welt geachtet, von den Deutschen da draußen mit Stolz betrachtet wurde, beibehalten werden muß. Sie ist mehr als je zuvor ein Symbol des geeinigten Deutsch-tums, ein Bindeglied zwischen den einzelnen Ländern des Reiches werden, als sichtbares Wahrzeichen der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme.

Wie man im Auslande über diese Frage denkt, darüber be-lehrt uns ein Artikel im „Diario de Galicia“, der in Santiago (Spanien) am 8. Januar dieses Jahres erschien.

„Diario“ sagt:

„Jetzt sieht man im Hafen von Vigo unter anderem auch wieder die deutsche Flagge, die fünf Jahre lang vom Welt-handel ausgeschlossen war.“

Die geringe Tonnage, die die Verbündeten den Deutschen gelassen haben, wird von diesen in intensiver Weise ausgenutzt, und in Vigo sieht man wieder häufig die schwarzweißroten Farben; niemals wird man hier vergessen, was diese welt-bekannteste Flagge für die Entwicklung unseres Hafens ge-leistet hat.

Es fehlen zwar die prächtigen, bewunderungswürdigen Ueberseedampfer, denen wir die Einrichtung von Linien ver-danken, die hier bislang nicht vorhanden waren.

Bis zum Jahre 1908 gingen alle hier vorhandenen Uebersee-verbindingen nach Südamerika. In diesem Jahre richtete die Hamburg-Amerika-Linie einen regelmäßigen Dienst von Vigo nach Savanna ein. Der Anfang war wenig ermutigend, aber dank deutscher Beharrlichkeit wuchs die Linie Vigo-Savanna zu ihrer heutigen Bedeutung heran.

Der Hafen von Vigo dankt der deutschen Handels-schiffahrt aber noch mehr.

Nach dem Kriege errichteten die Deutschen einen Dienst zwischen Hamburg und Vigo, der vorher nicht vorhanden war. Der Dampfer „Rabal“ war der erste, der nach dem Weltkrieg die deutschen Farben am 31. Oktober 1919 in Vigo zeigte.

Da die Deutschen früher bereits ihre Ozeanriesen nach Vigo geschickt hatten, folgten auch andere große Gesellschaften, die zur Belebung des Verkehrs erheblich beitrugen.

Aus diesem Grunde, den niemand hinwegdisputieren kann, auch die verbissensten Gegner Deutschlands nicht, muß anerkannt werden, daß die schwarzweiße rote Flagge hier mit Dank-barkeit und Liebe betrachtet wird.

Daselbe wird sich überall in der Welt zeigen, wo diese Flagge neue Verkehrsbeziehungen schuf, wodurch der Welt-handel außerordentlich gefördert wurde.

Diese so in aller Welt bekannte Flagge muß von der deutschen Republik aufrecht-erhalten werden. Wir betonen dies, weil uns zu Ohren gekommen ist, daß der Vorschlag gemacht ist, diese Flagge zu ändern. Es gibt Flaggen, die weder monar-chisch, noch republikanisch sind. Sie versinn-bildlichen einfach das „Waterland“, und dies trifft auf Deutschland zu.

So wie die Flagge ist, ist sie bekannt, bewundert und mit Dankbarkeit in der ganzen Welt aufgenommen. Wird das auch der Fall sein, wenn man sie jetzt ändert? Nein, denn dann wird es sich um eine neue Flagge handeln ohne Tradition, ohne festen Boden; eine Flagge, die an nichts erinnert, und der man aus diesem Grunde keine Sympathie entgegen-bringen wird.“

Diesen Auslassungen eines Fremden gegenüber erübrigt sich deutscherseits ein weiterer Kommentar.

C. K.

Ankunft des ersten deutschen Dampfers in Südwest.

„Lüderixbucher Zeitung“ vom 13. Dezember 1920.

Schwarzweißrot im Lüderixbucher Hafen.

Zum ersten Male seit sechs und einem halben Jahre wehen am Heck eines deutschen Schiffes die teuren Farben Schwarz-Weiß-Rot über den Wassern unseres Hafens. Um die Mittags-stunde verkündete der Ruf der Schiffshörne, daß der „Win-fried“ nahe, und kurz darauf lag das stattliche Schiff im Hafen.

Mögen diesem ersten deutschen Schiff, das uns Südwestern wieder die stolzen Farben des Vaterlandes zeigt, in immer kürzeren Zwischenräumen weitere folgen!

„Swakopmunder Zeitung“ vom 11. Dezember 1920.

Der erste deutsche Dampfer nach 6 Jahren.

... Da lag sie nun endlich vor uns. „Winfried“, Bremen, stand am Heck zu lesen, der Schornstein trug das Zeichen der Hamburg-Bremer Afrika-Linie, den Schlüssel, und hinten am Heck wehte stolz im Winde die deutsche Flagge, die alte schwarzweißrote, nicht die neue schwarzrotgoldene. Der erste deutsche Dampfer in Afrika nach dem Kriege. Wie ein Gruß aus der Heimat kam uns diese deutsche Flagge vor, ein Zeichen des wiedererwachenden Deutschlands, ein Zeichen, daß der deutsche Geist sich in der Welt wieder zu regen beginnt, daß man mit allen Kräften versucht, die verlorene Stellung wieder zu erringen.

Auszug eines Briefes der Agentur Poppe, Schunhoff u. Guttery in Kapstadt vom 23. Dezember 1920.

D. „Winfried“ traf in den frühen Morgenstunden des 17. ds. hier ein. Für das Deutschum hier draußen war die Ankunft des Dampfers ein Ereignis. War es doch seit Ausbruch des Krieges das erste deutsche Schiff, das die deutsche Flagge in den südafrikanischen Gewässern zeigte, und wozu jedem Deutschen wird das Herz höher geschlagen haben, als es zum ersten Male wieder die schwarzweißrote Flagge, die so lange von den Meeren verbannt war, stolz am Heck des Dampfers im Winde flattern sah. Als ein Zeichen der wieder neu erwachenden Unternehmungslust und der trotz aller Schicksalsschläge nicht erstorbenen Lafracht des deutschen Volkes wurde sie begrüßt, und wir möchten hier den Wunsch aus-sprechen, daß es der Energie und dem Unternehmungsgest der deutschen Handels und auch der deutschen Schiffahrt gelinge möge, in nicht zu ferner Zeit sich den Platz wieder zu erobern den Deutschland vor dem Kriege in der Welt eingenommen ha-